

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Ercheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennige, Todes- und Verammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfg. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Die Stellung der Frauen und Mädchen zu der modernen Arbeiterbewegung. — Die Lohnbewegung in Kaufbeuren. — Feuilleton: Ferdinand Lassalle (Schluß). — Die neue Steinschleifmaschine „Gansa“. — Korrespondenzen (Breslau, Danzig). — Rundschau. — Briefkasten. — Anzeige.
Beilage: Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1906 (Schluß). — Korrespondenzen (Berlin II, Hannover, Stettin, Königsberg i. Pr.). — Literatur.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

In **Lübeck** ist eine Zahlstelle gegründet. Vorsitzende ist Kollegin **Minna Nordmann**; Kassierer ist Kollege **F. R. Köster**. Adresse für beide: „Lübecker Volksbote“, Johannisstr. 46.

Danzig. Vorsitzende ist Frau **Johanna Wittbold**, Danzig-Petershagen, Hinter der Kirche 9.

Die Stellung der Frauen und Mädchen zu der modernen Arbeiterbewegung.

In dem Maße, wie Maschinerie und Technik sich vervollkommen, der Arbeitsprozeß in immer mehr Einzelrichtungen sich teilt, und geringere technische Ausbildung und Kraft erfordert, wird die Arbeitskraft des weiblichen Geschlechts immer mehr gesucht.

Die speziellen Ursachen, die zu dieser häufiger werdenden Verwendung der Frau in einer stets steigenden Anzahl von Erwerbszweigen führen, sind kurz folgende: Das nach Profit hungernde Kapital sucht sich die weibliche Arbeitskraft nutz- und dienstbar zu machen, weil sie vor allem billiger, williger und für eine Menge Arbeiten geschickter ist. Auch ist die Frau teils an den Ort ihres Aufenthaltes gebunden und wechselt denselben nicht so oft, als wie der Mann. Aus diesen Gründen findet die weibliche Arbeitskraft neben dem Manne oder an seiner Stelle auch immer häufiger Beschäftigung. Weiter hat die Arbeit namentlich verheirateter Frauen, wie aus dem Zitat auf Seite 109 aus Marx's „Kapital“ zu ersehen ist, noch ihren besonderen Anreiz für den Unternehmer, denn als Arbeiterin ist die verheiratete Frau „viel aufmerksamer und gelehriger“, als die unverheiratete. Die Rücksicht auf ihre Kinder nötigt sie zur äußersten Kraftanstrengung, um den notwendigen Lebensunterhalt zu erwerben und so läßt sie sich manches bieten, was sich die unverheiratete Arbeiterin nicht bieten läßt und erst recht nicht der Arbeiter. Diese weiblichen Tugenden weiß unser Unternehmertum voll zu würdigen, und so findet die Frau mit der Entwicklung unserer Industrie von Jahr zu Jahr ein immer größeres Verwendungsfeld. Die steigende Heranziehung der weiblichen Arbeitskraft zu industrieller Beschäftigung trifft aber nicht nur jene Beschäftigungsarten, für die, entsprechend ihrer schwächeren körperlichen Kraft, sie sich eignet, sondern alle Tätigkeiten, in welchen das Ausbeutertum aus ihrer Anwendung höheren Profit schlagen kann. Dazu gehören sowohl die anstrengendsten, wie die unangenehmsten und für die Gesundheit gefährlichsten Tätigkeiten, werden doch heute im Berg-, Häuser- und Eisenbahnbau, Ziegeleien, Steinbrüchen, Eisengießereien, Pulver-, Phosphorzündholz- und Arsenikfabriken weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Im Jahre 1895 wurden sogar

bei der Gewerbeprüfung 11 weibliche Maschinisten und Heizer nachgewiesen.

Es ist wahrlich kein schöner Anblick, Frauen, sogar in schwangerem Zustande, mit den Männern um die Wette beim Eisenbahnbau schwer beladene Karren fahren zu sehen; oder sie als Handlanger Kalk und Zement amachen oder schwere Lasten Steine tragend beim Hausbau zu beobachten. Dabei wird der Frau alles weibliche abgestreift und ihre Weiblichkeit mit Füßen getreten daß sind die Folgen der sozialen Ausbeutung.

Was nun die Entlohnung anbetrifft, so ist bekannt, daß allgemein Frauenarbeit schlechter bezahlt wird, als Männerarbeit, auch dort, wo sie das gleiche leistet. Darin unterscheidet sich der Privatunternehmer weder vom Staat noch von der Gemeinde. Denn Frauen im Eisenbahn- und Postdienst erhalten weniger als Männer für gleiche Arbeit und Lehrerinnen bezahlt jede Gemeinde schlechter, als Lehrer.

Wenn nun weiter zu konstatieren ist, daß die verheirateten Frauen unter den Arbeiterinnen einen sehr hohen Prozentsatz bilden, der sich von Jahr zu Jahr immer mehr steigert, ein Zustand, der für das Familienleben des Arbeiters sehr bedenklich ist, so legt sich uns unwillkürlich hierbei die Frage vor: Was sind wohl die Gründe, die die verheirateten Frauen zur gewerblichen Arbeit veranlassen? Vor allem ist es der niedere Lohn, den die meisten Arbeiter verdienen, wonit sie nicht imstande sind, ihre oft kinderreichen Familien unter den heutigen teuren wirtschaftlichen Verhältnissen anähernd ernähren und die übrigen Bedürfnisse der Familie befriedigen zu können. Dieses zwingt die meisten verheirateten Arbeiterinnen unter Hintanhaltung ihrer Mutter- und häuslichen Pflichten durch Mitarbeit in der Fabrik oder Heimarbeit das Defizit im Haushaltsbudget zu decken und es ist wohl selbstverständlich, daß unter dieser Frauenarbeit das Ehe- und Familienleben leidet, denn die Folgen davon sind Kindersterblichkeit, Verrohung der Jugend, Sittenlosigkeit, eheliche Zwistigkeiten und sogar Auflösung von Ehe und Familie.

Es ist darum wohl als Schönfärberei aufzufassen, wenn bürgerliche Literaten in folgenden Worten:

„Im Kreise der Seinen zufrieden und froh,
 Wird zum Palaste die Hütte von Stroh“
 das Familienleben des Proletariats in eine Idylle umflügen und dadurch den Erfolg haben, daß es leider noch genug Männer und Frauen des Volkes gibt, die durch derartigen Schwundel sich über das wirkliche Elend ihrer Lage täuschen lassen.

Die Tatsachen beweisen wohl, daß die ganze Entwicklung des heutigen Wirtschaftssystems das Interesse der Frauen und Mädchen an öffentlichen Angelegenheiten, sowie an Politik und sonstigen sozialen Fragen sich ganz besonders notwendig machen. Denn unter der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind die weiblichen Personen, ob verheiratet oder nicht, ebenso Ausbeutungsobjekte wenn nicht noch in größerem Maße, als die männliche Arbeiterschaft. Darum können es wohl nur Dummköpfe sein, oder Personen, die in den Tag hineinleben, die die Dinge, die sich um sie herum entwickeln, nicht sehen oder nicht sehen wollen, die die Frauen mit ihren Interessen nur auf die Häuslichkeit und die Familie beschränken.

Wir sehen, wie in allen Kulturstaaten Hunderttausende und Millionen Frauen und Mädchen

gleich den Männern in den verschiedensten Berufen tätig sind und die Zahl derjenigen von Jahr zu Jahr wächst, die auf die eigene Kraft und die eigenen Fähigkeiten angewiesen, den Kampf um die Existenz zu führen haben. Es kann also den Frauen und Mädchen so wenig gleichgültig sein, als den Männern, wie unsere sozialen und politischen Verhältnisse beschaffen sind und einen Einfluß auf die Gestaltung derselben auszuüben muß darum ihre höchste Aufgabe sein.

Als Fabrik- oder Heimarbeiterin muß die Betreffende doch ein Interesse daran haben, wie sie entlohnt wird, wie lange die Arbeit währt, wie die Lohnzahlungs- und Rindigungsfristen geartet und ob genügend Schutzmaßregeln gegen Unfallgefahr an den Maschinen und für ihre körperliche Gesundheit vorhanden sind, weiterhin, wie die Versicherungsgegebung und das Gewerbegerichtsweisen gestaltet ist. Alles Forderungen, um die sich unser Unternehmertum nur so gern herumbrückt, auch teils einseitig anwendet, andernfalls was Entlohnung anbetrifft, so niedrig wie möglich gestaltet. Da ja sonst der Mehrwert, den die Unternehmerklasse aus der Tätigkeit namentlich der Arbeiterinnen herausschlägt, ein nicht so großer sein würde, wir aber vor allem dazu verpflichtet sind, unsere Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen, um ein menschenwürdiges Dasein führen zu können. Stann aber wohl ein Einzelner alle diese Bedingungen bei den Unternehmern durchzudrücken? Wir glauben es nicht. Darum müssen die arbeitenden Frauen und Mädchen sich nach Bundesgenossen umsehen, die sie namentlich nur in den gewerkschaftlichen Organisationen finden können, woselbst sie als Einzelne in das Ganze eingereicht eine Macht und ein Bollwerk gegen ausbeuterische Gelfüste bilden und imstande sind, einen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuüben. Leider ist der Nutzen und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationszugehörigkeit unter den Arbeiterinnen Deutschlands noch sehr wenig begriffen worden, da nach dem Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom Jahre 1906 nur 7 von 100 Arbeiterinnen den Weg zur Organisation gefunden haben. Wenn auch dieser Prozentsatz nicht auf alle Gewerkschaften, welche Arbeiterinnen zu organisieren haben, zutrifft, so sehen wir aber doch, daß hier noch eine kolossale Aufklärungsarbeit nötig ist, der wir uns alle unterziehen müssen, ungeachtet der Schwierigkeiten und Hindernisse, die uns dabei begegnen werden, gibt es doch selbst unter unseren Bundesgenossen noch derartig erwähnte Dummköpfe, die eine gewerkschaftliche Organisation der Druckerinnen nicht für nötig halten

Aber nicht nur die Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation ist für die Frauen und Mädchen eine Notwendigkeit. Ihr Stand als Arbeiterin, als Frau und Mutter und auch zum Teil als Ernährerin einer Familie erfordert es auch, daß sie durch ihre Mitgliedschaft innerhalb der politischen Organisationen einen Einfluß auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse und vor allem die Gesetzgebung ihres Landes zu gewinnen suchen. Auch hier stoßt man meistens auf die Ausrede: Die Frauen verstehen nichts von Politik, sie wollen auch in der großen Mehrzahl nichts davon wissen. Mit diesem Einwand, daß die Frauen sich bisher sehr wenig um die Politik gekümmert, ist damit noch nicht bewiesen, daß sie es nicht müßten.

Dein politische Bildung wird doch nicht dadurch gewonnen, daß man das weibliche Geschlecht von öffentlichen Angelegenheiten fernhält, sondern dadurch, daß man es zur Ausübung politischer Rechte zuläßt, denn ohne Übung kein Meister.

Wenn nun in Deutschland, von dem Bülow sagt, daß es in der Welt voran sei, für unsere Frauen trotz der energischen Forderung der sozialdemokratischen Frauen und sogar bürgerlicher Frauenvereine noch kein Stimmrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften vorhanden ist, wiewohl man es in Nordamerika, England, Schweden, Australien und anderen Staaten mit gutem Erfolg zu den verschiedenen Körperschaften eingeführt hat, so soll doch dies kein Beweis sein, daß unsere deutschen Frauen und Mädchen etwa unfähig seien, dieses auszuüben. Es wird wohl kein vernünftiger Mensch glauben, daß unsere Frauen unfähiger seien als die weit tiefer stehenden Neger, denen man in Nordamerika die politische Gleichberechtigung zuerkannt. Über soll eine geistig hochstehende Frau weniger Recht haben, als der roheste, ungebildete Mann; z. B. als ein unwissender, hinterpommerscher Tagelöhner oder ein ultramontaner Kanalarbeiter, und nur deshalb, weil der Zufall diese Männer zur Welt kommen ließ? Der Sohn hat mehr Recht als die Mutter, von der er vielleicht seine besten Eigenschaften erbt, die ihm zu dem erst machen, was er ist.

Man hat darum kein Recht, den Frauen und Mädchen die Fähigkeiten zur Ausübung politischer Rechte abzuspochen, wenn man sie über derartige Dinge in Unwissenheit erhält.

Als Arbeiterinnen müssen die Frauen direkte und indirekte Steuern von ihrem Einkommen und ihrer Lebenshaltung zahlen, darum kann es ihnen auch nicht gleichgültig sein, was mit diesem Gelde geschieht, ob die notwendigsten Lebensbedürfnisse durch Bülle und Verbrauchsabgaben verteuert werden und die Familien um so härter treffen, je zahlreicher diese ist. Welche äußere und innere Politik gehandhabt wird, ob eine solche Kriege begünstigt oder nicht. Ob der Staat jährlich Hunderttausende gesunder Männer in der Armee festhält oder nicht und über Leben und Tod derselben verfügt, wie es ihm beliebt, ob er verlangen kann, daß sie im geeigneten Falle auf ihre Mutter, ihre Schwestern und Bräute schießen sollen, sind das nicht alles Angelegenheiten, die das weibliche Geschlecht ebenso interessieren, als die Männer? Darum hinweg mit diesen mittelalterlichen Ansichten, daß die Frauen

sich nur der Kindererziehung und der häuslichen zu widmen hätten. Nachdem die kapitalistische Wirtschaftsordnung unsere Frauen und Mütter, unsere Schwestern und Bräute, ja sogar unsere Kinder als Ausbeutungsobjekte benützt, ist es notwendig, daß sich alle diese den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen anschließen, damit diese sich zu einem Machtfaktor entwickeln, durch den alle geplante Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung durch das Unternehmertum und alle etwaigen Versuche der Entrechtung der breiten Schichten der Bevölkerung durch den Staat und seine Organe mit Nachdruck verhindert werden können. Wobei wir als ausgeklärte Arbeiter den Frauen und Mädchen als treue und ehrliebe Berater zur Seite stehen müssen, um das nachzuholen, was durch die Erziehung und durch die Schule an unsern Arbeitsschwestern veräußert worden ist, nämlich das Interesse an sozialen und politischen Angelegenheiten. Wenn dieses befolgt wird, dann werden wir in unseren Frauen keinen Hemmschuh haben, sondern die gleichgesinnte Frau wird uns eine Unterstützung sein; sie wird, wenn sie selbst abgehalten ist, sich persönlich zu beteiligen, den Mann ansprechen, seine Schuldbigkeit zu tun. Sie wird es auch in der Ordnung finden, daß ein Bruchteil des Einkommens für eine Zeitung und für Agitationszwecke ausgegeben wird, weil auch ihr die Zeitung zur Belehrung und Aufklärung dient, und weil sie die Notwendigkeit der Opfer für die Agitation begreift, damit erobert wird, was ihr, dem Manne und ihren Kindern fehlt — ein menschenwürdiges Dasein. Fr. S.

Die Lohnbewegung in Kaufbeuren.

Motto: Drum, o Volk, jetzt aufgewacht
Und erkenne deine Macht.
Alle Räber stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.

Als wir vor einigen Wochen berichteten, daß die Wogen des Unwillens innerhalb der Arbeiterschaft der Kaufbeurer Kunstanstalten sich immer mehr und mehr verdichteten, glaubten wir selbst noch nicht, daß so schnell schon die gewitterschweren Wogen sich in explosiver Form entladen werden. Und doch mußte ein derartiges Unwetter hereinbrechen, um die drückende Atmosphäre zu beseitigen, und eine der Allgemeinheit zugute kommende Erleichterung zu schaffen. Seit Jahren schon herrschten in obengenannter Firma Zustände, die als un-

haltbar schon längst bezeichnet wurden, deren Abschaffung aber immer wieder Schwierigkeiten im Wege standen, teils durch das indifferente Verhalten der meisten Kollegen und Kolleginnen, teils durch auf die Dummheit der Arbeiter berechnetes geschicktes Manövrieren der Direktion der Firma, die durch Gewährung von Bagatellen einem Teil des Personals gegenüber die Unzufriedenheit zu säen verstand. Endlich haben aber doch die Arbeiter und Arbeiterinnen eingesehen, daß dieses System der Amosjen nicht länger aufrecht erhalten werden könne, sondern nur durch einiges Zusammenstehen eine gründliche Remedur vorgenommen werde.

Am 5. August reichte das gelernte und ungelernete Personal durch die in Verdracht kommenden Geworbenen mittelst eingeschriebenen Briefes einen Tarifvertrag an die Kunstanstalten Kaufbeuren ein, der aber ungeöffnet wieder retourniert wurde. Nach Rücksprache mit der Kaufbeurer Kollegenschaft erschienen die Geworbenen und zwar von unserem Verbände Kollege Albert Schmid, von den Lithographen und Steinbrüdern Kollege Max Wassermann und vom Verbände der Buchbinder Kollege Wilhelm Kloiber, sämtlich aus München, in Kaufbeuren und überreichten eigenhändig den Tarif am 15. August. Am 16. erhielten wir Antwort, daß der Chef verreist sei und unter acht Tagen an keine Verhandlung zu denken sei, der Herr Wild, so heißt die maßgebende Persönlichkeit, sei in Zürich in solch dringenden geschäftlichen Angelegenheiten tätig, daß an ein früheres Eintreffen nicht zu denken sei. Wir Geworbenen mögen ruhig wieder nach Hause fahren und in 14 Tagen mal wieder nachsehen. Nun gefiel es uns in Kaufbeuren viel zu gut, als daß wir Lust hatten, die reizende Gegend wieder zu verlassen, und auch die vollzählige Besuche Versammlung des Personals, die am selben Abend stattfand, konnte sich nicht mit dem Gedanken vertraut machen, uns so bald schon wieder aus ihrer Mitte gehen zu lassen und beschloß, daß die Geworbenen so lange die ozonreiche Luft Kaufbeurens genießen sollen, bis die Angelegenheit der Arbeiter und Arbeiterinnen auf der einen oder anderen Weise geregelt sei. Weiter wurde beschlossen, daß vom Samstag, den 17., das gesamte Hilfspersonal die Kündigung einreichen und die Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbinder sich ebenfalls anschließen sollten. Die Steinbrüder und Lithographen hingegen möchten ruhig den Ablauf ihres Tarifvertrages abwarten.

Ferdinand Lassalle.

[Schluß]

In Leipzig tagte zu jener Zeit jeden Dienstag ein Arbeiterkomitee, das darüber beriet, wie man die Arbeitervereine von der Bevormundung des Nationalvereins befreien konnte, um ein selbständiges Vorgehen der Arbeiter zu erzielen. Das Komitee hatte zu diesem Zwecke die Abhaltung eines Arbeiterkongresses geplant und hierbei verschiedene Aufforderungen erlassen, jedoch ohne besonderen Entgegenkommen zu finden. Das Unternehmen schien schon gescheitert, da gab Lassalle's Appell an die Arbeiter im „Arbeiterprogramm“ dem Streben des Komitee Anregung zu neuer Tätigkeit. Am 10. Oktober 1863 beschloß das Komitee, sich an Lassalle zu wenden. Lassalle erklärte sofort seine Bereitwilligkeit, dem Komitee zu willfahren und schon nach 14 Tagen sandte er sein „Offenes Antwortschreiben“, in dem vom nationalökonomischen Gesichtspunkt aus mit wissenschaftlicher Objektivität die Stellung des einzelnen Arbeiters zur Gesamtproduktion klarlegt. Auf dringende Einladung kam Lassalle dann selbst nach Leipzig und sprach am 17. April im Odeon dem jetzigen Sausouci. Diese Versammlung machte auch die Gegner mobil und so begann die Fortschrittspartei unter Führung von Schulze-Delitzsch einen Kampf gegen seine Lehre. Dieser Kampf erregte auch die Aufmerksamkeit anderer Arbeitervereine. Die Arbeitervereine des Maingaues beriefen einen Verbands-tag zu dem sie Lassalle und Schulze-Delitzsch einluden, um ihnen ihr Programm zu entwickeln und Lassalle nicht ungehört zu verurteilen. Lassalle nahm diese Einladung bereitwillig an. Schulze-Delitzsch zog es jedoch vor, sich zu entschuldigen und so seinem Gegner auszuweichen, daß er es nicht wagte, sich ihm persönlich gegenüber zu stellen. Die

Versammlung fand am 17. Mai 1863 in Frankfurt am Main im Saalbau statt. Man hatte alles getan, um ihm den Sieg unmöglich zu machen. Lassalle hielt hier, vielfach von Lärm und einmal vom Vorstehen Dr. Ludwig Büchner, einem Gegner Lassalle's unterbrochen, eine mehrstündige glänzende Rede, in welcher er seine Lehre erläuterte. Die Versammlung mußte jedoch infolge des tumultes schließlich abgebrochen werden, wurde aber zwei Tage später in der „Harmonie“ zu Ende gebracht und ergab einen glänzenden Sieg Lassalle's. Denn nachdem sich ca. 50 Anhänger Schulze's demonstrib entfernt hatten, wurde mit 400 gegen eine Stimme der Antrag angenommen: „1. Die Versammlung tritt dem Leipziger Beschluß, Gründung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins betreffend, bei; 2. sie beschließt, mit allen Kräften für das Zustandekommen und die Ausbreitung desselben wirken zu wollen.“ Einen ähnlichen Beschluß faßte am 20. Mai eine von ca. 700 Personen besuchte Arbeiterversammlung in Mainz, in der Lassalle gesprochen hatte. Und so eilte Lassalle, dieser Erfolge froh, nach Leipzig, wo am 23. Mai der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet wurde.

Es geschah im Pantheon. Vertreten waren elf Städte durch zwölf Delegierte. Sonst waren nur einige hundert Leipziger Arbeiter zugegen, allerdings viel weniger als in der Odeonversammlung. Darüber rissen die bürgerlichen Blätter ihre Wize, ebenso über die Wahl des Lokals, das sie als „Pandämonium“ (ein allem Bösen geweihter Tempel) taufte. Doch all dies Gespött hat nichts genützt, die Saat, die dort gestreut wurde, ist auf guten Boden gefallen. Ging die Entwicklung des Arbeitervereins auch langsam vor sich, was hauptsächlich an den damaligen Verhältnissen lag, so ist doch daraus die größte Partei Deutschlands entstanden, die Sozialdemokratie.

Während all dieser Kämpfe, die Lassalle im öffentlichen Leben zu bestehen hatte, arbeitete auch die Justiz mit Vollkraft gegen ihn. Seine hauptsächlichsten Broschüren waren konfisziert und unter Anklage gestellt. Bereits am 16. Januar 1863 wurde er wegen seiner am 12. April 1862 vor den Berliner Arbeitern gehaltenen Rede, die unter dem Titel „Arbeiterprogramm“ erschien, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Verteidigungsrede, die unter dem Titel „Die Wissenschaft und die Arbeiter“ uns erhalten ist, wurde auch unter Anklage gestellt. Lassalle appellierte gegen das Urteil vom 16. Januar und schrieb zu seiner Verteidigung die interessante Broschüre „Die indirekten Steuern und die Lage der arbeitenden Klassen“ und das Urteil wurde in eine Geldstrafe umgewandelt. Es folgte ein Prozeß dem anderen und es würde viel zu weit führen, auf jeden einzelnen einzugehen, obgleich jeder wert ist, erwähnt zu werden.

Lassalle ließ sich jedoch durch solche Verfolgungen nicht entmutigen. Nachdem er sein Werk „Pastiaat Schulze“ vollendet, wandte er sich, obgleich seine Kehlkopfkrankheit ihm große Beschwerden machte, wieder der mühseligen Agitation zu. Er reiste über Leipzig, wo er am 9. Mai eine Versammlung abhielt, nach dem Rhein, sprach in Solingen, Warmen, Köln und Wermelskirchen in große Versammlungen und wurde in allen Orten mit enthusiastischem Jubel empfangen.

Am 22. Mai 1864 wurde in Ronsdorf das Stiftungsfest des Allg. Deutschen Arbeitervereins gefeiert. Der Empfang, den man Lassalle bereitet, war außerordentlich glänzend. Ehrenporten, Blumenschmuck, Ständchen, Begrüßungen durch Deputationen und Ehrenjungfrauen, und unablässige Hochs einer ungeheuren Menge Volks, die ihn umwogte, — kurz, Lassalle wurde empfangen und ge-

Der morgens prompt eingereichten Kündigung unsererseits erfolgte ebenso prompt die Antwort der Firma, die durch Anschlag an der schwarzen Tafel dem gesamten übrigen Personal ebenfalls die Kündigung übermittelte. Da herabige Schreckschüffe bei uns hartgejotteten Sündern nicht mehr verfangen, so war die Stimmung zuberächtlicher denn je. Mit großer Freude war es anzusehen, wie die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen am Samstag abend zwischen der 6. und 7. Stunde mit einem wahren Hienenfließ ganz Kaufbeuren mit einem Flugblatt überschwemmten, in dem die Kaufbeurer Einwohner für Sonntag, den 18. August, vormittags 10 Uhr, zu einer öffentlichen Volksversammlung eingeladen wurde. Eine extra schriftliche Einladung zu dieser Veranstaltung erging auch an Hochwürden Herrn Professor Ruppfe, katholischen Geistlichen und Präses des katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Bereins. Dieser Herr hatte sich nämlich zwei Mitgliedern unseres Verbandes gegenüber geäußert, daß er gehört habe, daß die Forderungen der Arbeiterschaft ganz unerschämte seien und daß er alles versuchen werde, das Vorgehen der Arbeiter illusorisch zu machen. Die Steinbrücker mögen sich im Christlichen Verband aufnehmen lassen und christliche Forderungen stellen, dann würde er an der Spitze sein, andernfalls werde er die Firma mit Arbeitswilligen versehen. Heuer hätten bei allen Lohnkämpfen in K. die Unternehmer noch nachgeben müssen, das dürfe auf keinen Fall bei der Kunstanstalt passieren. Auf unsere Einladung erfolgte ein nichtslagenbes Antwortschreiben, welches das Fernbleiben dieses geistlichen Arbeiterfreundes motivieren sollte. Welches Interesse die Kaufbeurer Einwohner für unserer Bewegung entgegenbrachte, zeigte der demonstrierende Besuch der Volksversammlung. Lange vor 10 Uhr waren die beiden großen Säulensäle bereits besetzt, und immer noch strömten Scharen herbei, so daß, als Kollege Wassermann um 1/2 11 Uhr die Versammlung eröffnete, auch die Nebenlokale und selbst der Hausflur dicht von Menschen besetzt war. Kollege Albert Schmid geißelte unter gespanntester Aufmerksamkeit der Anwesenden das menschenunwürdige Ausbeutungssystem, wie es in den Kunstanstalten seit Jahren an der Tagesordnung ist, die erbärmlichen Lohnverhältnisse des Hilfs-personals, die eine Degeneration der Arbeiter und Arbeiterinnen unbedingt weiter herbeiführen müsse. Scharf tabelte der Referent das hohnsprechende Strafgebersystem, das bei dieser Firma in schönster

feiert wie ein Fürst und konnte eine große Deerschau halten.

Aus der Rede, die er zu diesem Feste hielt, die unter dem Titel: „Die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und das Versprechen des Königs von Preußen“ in Druck erschienen, sei besonders der Schluß erwähnt, in dem Lassalle seinen baldigen Untergang voraussagte. Er rief den Arbeitern zu: „Ich habe, wie Ihr denken könnt, dieses Banner nicht ergriffen, ohne ganz genau zu wissen, daß ich dabei persönlich zugrunde gehen kann. Die Gefühle, die mich bei dem Gedanken, daß ich persönlich beseitigt werden kann, durchdringen, kann ich nicht besser zusammenfassen, als in die Worte des römischen Dichters:

„Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor!“

zu deutsch:

„Möge, wenn ich beseitigt werde, irgend ein Rächer und Nachfolger aus meinen Gebeinen auferstehen.“

Möge mit meiner Person diese gewaltige und nationale Kulturbewegung nicht zugrunde gehen, sondern die Feuerbrunst, die ich entzündet, weiter und weiter fressen, so lange ein Einziger vor Euch noch atmet!“

Die war das letzte Mal, daß Lassalle in einer großen Versammlung zum Volke sprach.

Die Anstrengungen hatten seine Gesundheit vollständig zerrüttet. An die Bevollmächtigten des Vereins schrieb er schon im Februar: „Ich bin todmüde, und so stark meine Organisation ist, so wankt sie doch bis in ihr Mark hinein. Meine Aufregung ist so groß, daß ich keine Nacht schlafen kann. Ich wälze mich bis fünf Uhr auf dem Lager und stehe mit Kopfschmerz und tief erschöpft auf.“ Lassalle's Tage waren gezählt; ein Halsleiden, das ihm schon bei seinen Agitationsreden im Vorjahre große Schmerzen bereitet hatte, ließ, nach dem Ur-

Blüte steht, sowie das aller Arbeiterehre zuwiderlaufende Kontrollmarkensystem. Einen Teil der Entschädigung des jahrelangen Raubes an unserer Arbeitskraft fordern wir, nichts weiter! Gar sehr kam auch der Menschenfreund in Christo, der Herr Professor Ruppfe, durch die Ausführungen des Redners unter die Räder. Er wies darauf hin, daß es gerade diese Herren waren, die die Hand geboten haben, damit das notwendige Lebensmittel, das Brot, der arbeitenden Bevölkerung verweigert werde, und jetzt, da der Arbeiter etwas mehr Lohn verlange, um sich das verdiente Brot auch kaufen zu können, da werfen sie ihnen Knüttel zwischen die Beine und nennen die Forderungen der Arbeiterschaft unerschämte, daß eine Handvoll Junker aber durch ein vollständig ungerechtfertigtes Schutzpolizistensystem dem Volke jährlich Millionen aus der Tasche stehle, das finde man gerechtfertigt, und daß etwa christliche Forderungen? Bedauerlich sei es, daß die von Tugend und Moral triebenden Herren keinen Protest einlegen, daß durch das fortwährende Ausbeutungssystem der Arbeiterinnen dieselben vom Wege der Tugend abgetrieben werden. Er versucht zum Schluß seiner Ausführungen noch die Anwesenden, daß, wenn wirklich Streikbrecher herbeigeschleppt werden, die Wohnungen der Kaufbeurer Einwohner für sie gut sein sollen, um solchem Gesindel Aufenthalt zu gewähren. Der stürmische Beifall der Versammlung zeigte, daß der Referent mit seinen Ausführungen das Richtige getroffen. Kollege Wassermann geißelte noch in scharfen Worten das rigorose Antreiber-system der in der Firma vorhandenen Arbeiter-vorstände, die durch möglichste Schikanierung sich bei der Firma lieb Kind machen wollten. Nachdem sich sonst weiter zum Wort niemand meldete, fand die schön verlaufene Versammlung ihr Ende. Montag, den 19. August, morgens 1/2 7 Uhr versammelte sich die Hilfsarbeiterchaft und das Buchbinderpersonal nun wieder, und beriet, was unter der veränderten Situation weiter zu tun sei. Um 10 Uhr vormittags konnten wir der Firma den Beschluß der Versammlung zukommen lassen, der besagte, daß das Personal nicht eher zur Arbeit zurückkehre, als bis die Verhandlungen gepflogen seien. Alle, sogar die christlich organisierten, waren anwesend, und da die Steinbrücker seine Hilfsarbeiterdienste verrichteten, standen alle Räder still. Welche magnetische Kraft so etwas auf die Unternehmer ausübt, zeigte sich auch hier wieder, denn der Herr Chef, der nach den ersten Auslagen der

teil seines Düsseldorf'ser Arztes, ihm nur noch eine kurze Lebensfrist erhoffen. Um von seinem Halsleiden zu genesen, reiste er am 26. Mai nach Ems, wo er mit der Gräfin von Hafffeld zusammentraf und blieb dort bis zum 25. Juni zur Kur. Da diese Kur ihren Zweck verfehlte, reiste er, nachdem er sich vor den Düsseldorf'ser Geschworenen noch einmal verteidigte, nach Rigi-Kaltbad.

Zu seinem körperlichen Leiden hatte sich nun auch ein seelisches gesellt, dem sein abgepanntes Nervensystem nicht mehr völligen Widerstand leisten konnte. Lassalle hatte in Berlin gelegentlich das Fräulein Helene von Dönniges, die Tochter des bayerischen Gesandten, kennen gelernt. Obgleich sie zu damaliger Zeit keinen tiefen Eindruck machte, so hatte sich doch ein Verhältnis daraus gebildet, was schließlich für ihn auch tragisch enden sollte. Die Dönniges war, als ihr bekannt wurde, daß Lassalle in Rigi-Kaltbad sei, nachgereist. Das Verhältnis führte zu Konflikten mit der Familie Dönniges, die mit einem Duell zwischen Lassalle und Santo von Radowiz, dem Verlobten der Dönniges, endeten. Von dem Verhältnis des Radowiz und der Dönniges hatte Lassalle erst Kenntnis erhalten, als es bereits zur austragenden Sache kam. Das Duell fand am 28. August früh bei Genf statt. Die Bedingungen waren schwer. Lassalle wurde beim ersten Augenschlag tödlich verletzt und starb am 31. August 1864.

In der deutschen Arbeiterschaft rief die Kunde von Lassalle's Tod tiefe Trauer hervor. In allen Städten, wo sich Anhänger Lassalle's befanden, wurden Trauerfeierlichkeiten veranstaltet. Und heute noch bewahrt ihm die gesamte Klassenbewusste Arbeiterschaft in ehrenden Andenten, denn in seinen Werken lebt er noch unter ihnen. Kr.

Direktion vor Donnerstag unter keinen Umständen eintreffen könne, war bereits am Montag abend von Zürich herbeigejagt. Dienstag morgen war nun Aufsichtsratsitzung, und am Mittag erhielten wir ein Schreiben, daß die Direktion die Gausvorstände um 4 Uhr empfangen wolle. Der langen Aussprache kurzer Sinn war folgender: Mittwoch morgen sollte die Arbeit aufgenommen werden, dann würde die Firma in Unterhandlungen treten, jedoch war es der Wunsch der Firma, erst mit der Arbeiterschaft zu verhandeln unter Ausschaltung der Gaulteier; das wiesen wir kurz zurück, und es wurde dann angeregt, mit jeder einzelnen Gruppe unter Hinzuziehung des in Betracht kommenden Gaulteiers zu verhandeln, auch darauf gingen wir nicht ein, weil die Forderungen gemeinsam gestellt waren und inselbesse auch gemeinsam verhandelt werden mußten. Endlich bequimte man sich, alle drei Gaulteier bei den Verhandlungen anwesend sein zu lassen. Als wir in der abends stattgefundenen Versammlung Bericht erstatteten, konnten sich die Anwesenden nicht entschließen, die Arbeit aufzunehmen, bevor ein positives Resultat der Verhandlungen vorliege. Mittwoch morgen 7 Uhr war die Direktion von diesem Beschluß in Kenntnis gesetzt und es ihr anheimgegeben, falls ihr an der baldigen Aufnahme der Arbeit etwas gelegen sei, unverzüglich mit uns in Verhandlungen einzutreten. Im Laufe des Vormittags erhielten wir Bescheid, daß die Direktion nachmittags um 2 Uhr bereit sei, mit uns die strittige Angelegenheit zu regeln. Während ein größerer Teil unserer Kollegen und Kolleginnen den Nachmittag zu einem gemeinschaftlichen Ausflug benützte, begaben wir uns mit einer Kommission des Personals zur Beratung des Tarifes, die mit einer Stunde Unterbrechung bis 12 Uhr nachts fortgesetzt wurde und um diese Zeit so weit geblieben war, daß wir der Donnerstag morgen um 6 Uhr tagenden Versammlung empfehlen konnten, die Arbeit wieder aufzunehmen, jedoch, wenn die Firma bei der Beratung der anderen Punkte sich widerspenstig zeige, sich sofort zur Abhaltung einer neuen Geschäftsversammlung, ganz gleich zu welcher Tageszeit, bereit zu halten habe. Um 8 Uhr morgens nun drehten sich wieder die Räder, und ruhig, als ob nichts vorgefallen, versah jeder Kollege und jede Kollegin ihren Posten.

Wegen der langen Verhandlung am Vorabend und vielleicht noch aus anderen Gründen, die zu untersuchen nicht unsere Sache war, war der Chef, Herr Wilb, am Donnerstag morgen unpädlich geworden und konnten die Verhandlungen erst nachmittags 5 Uhr weiter gepflogen werden. Um eine neue Erkrankung zu verhindern, brachen wir abends 1/2 9 Uhr die Sitzung ab, die am Freitag, morgens 8 Uhr bis abends 1/2 6 Uhr mit 2 Stunden Mittagspause Unterbrechung fortgesetzt und endlich erledigt wurde.

Das Ergebnis der langen, Geist und Körper ermüdenden Verhandlungen war folgendes: Die Arbeitszeit ist in Zukunft für das gelernte Personal wie für das ungelernete die gleiche, nämlich 54 Stunden, mit Ausnahme der Lithographen, welche 48 Stunden arbeiten. Für das Hilfs- und Buchbinderpersonal bedeutet dies eine Arbeitszeitverkürzung von 1/2 Stunde täglich. Bezahlung der Feiertage nach einer vierteljährlichen Anwesenheit im Geschäft früher nach einjähriger Dienstleistung. Abschaffung des Kontrollmarken- und Strafgebersystems. Lohnaufbesserungen wurde allen Arbeitern und Arbeiterinnen gewährt, und zwar von 50 Pfg. bis 3 Mk. wöchentlich. Sobald das Geschäft imstande ist, 3 1/2 % Dividende auszubezahlen, wird dem gesamten Personal Urlaub von 2 bis 6 Tagen zugewilligt. Der Vertrag wurde auf 2 1/2 Jahre festgesetzt.

Wer die Verhältnisse Kaufbeurens kennt, wird zugeben, daß durch die Geschlossenheit der Arbeiter ein schöner Sieg errungen wurde, der so recht drastisch wieder zeigt, was die Einigkeit der Kollegen und Kolleginnen zu leisten vermag. An der Kaufbeurer Kollegenschaft wird es nun liegen, die gewonnene Position auch richtig auszunützen. Wenden sie dem Verbands wieder den Rücken, dann wird das Errungene bald wieder verloren sein, halten sie aber fest an den Grundsätzen der Organisation, dann wird es der Firma nicht ein zweitesmal zu einer Nachtprobe kommen lassen. Einen Bruchteil haben wir nur errungen, von dem, was zu ver-langen wir eigentlich berechtigt sind, soll das uns

Fehlende noch gewonnen werden, dann wankt und weicht nicht und haltet fest an dem Verbands, der stets bestrebt ist, für euch das Beste zu schaffen.

Ab. Schmid.

Die neue Steinschleifmaschine „Hansa“.

Die Steinschleifer Leipzigs hielten am 17. August cr. im Pantheon eine Versammlung ab, in der Kollege Ault-Berlin über: „Die neue Steinschleifmaschine „Hansa“ referierte. Kollege Ault zeigte in kurzen markanten Anrissen die Fortschritte der Technik im Steinbrudgewerbe. Wenn im allgemeinen im graphischen Gewerbe die technischen Fortschritte bedeutend sind, so war doch davon bei den Steinschleifern sehr wenig zu finden. Immer noch gibt es eine große Menge von Kollegen, die sich die Maschinenkraft noch nicht zunutze machen können, sondern ihre Steine mit der Hand schleifen. Es sind wohl auch schon Versuche gemacht, teils durch Einführung der elektrischen Steinschleifmaschine, wenn man von den früheren Hobelmaschinen absieht, andererseits auch durch künstliche Bimssteine die Arbeit produktiver zu gestalten. Doch hatte man mit alledem doch nicht das Erreichte, was man glaubt mit der neuen „Hansa-Schleifmaschine“ erreichen zu können. Wenn die Götische Schleifmaschine nur einen Teil der Schleifarbeit verrichtet, nämlich den Stein mit Sand auszusleifen, so soll die Hansaschleifmaschine den Stein fertig und fertig zum weiteren Gebrauch für den Umbruder oder Lithographen herstellen. Es soll kein Schleifer mehr nötig haben, den Stein selbst zu bimsen oder zu körnen, ja auch polieren soll die Maschine. Aber was die Schleifer am meisten interessieren muß, ist, daß die Maschine von keinem geübten Steinschleifer bedient werden braucht, sondern jeder, „der von der Straße hereinkommt“, soll die Maschine bedienen können. Es sind in allen größeren Druckorten bereits solche Maschinen aufgestellt. Die organisierten Arbeiter stellen sich nun einem technischen Fortschritt nicht hindernd entgegen, sondern sie versuchen vielmehr, denselben für sich nutzbar zu machen. Dadurch, daß die Arbeiter die technischen Fortschritte sich zunutze machen, ist ihnen die Möglichkeit gegeben, sich ihre Arbeit zu erleichtern, was ganz besonders auch für den Schleifer zu wünschen wäre, weil gerade seine Arbeit zu den schwersten und anstrengendsten im Gewerbe zählt. Von einem anderen Standpunkt gehen jedoch die Unternehmer aus. Für sie ist es gleichgültig, wie schwierig die Arbeit herzustellen ist, die Hauptfrage für sie ist, daß dieselbe genügenden Profit abwirft, daß das Arbeitsprodukt billiger und in größeren Mengen hergestellt werden kann. Und dieser Grundgedanke schwebt zweifellos auch den Unternehmern im Steinbrudgewerbe, bei Einführung der „Hansa-Maschine“ vor. Schon, daß die Maschine alle Arbeiten selbst machen soll, läßt ihnen eine Ersparnis an Arbeitskräften erwarten. Und dadurch, daß sie von uneingerichteten Leuten soll bedient werden können, läßt ihm schließlich noch den Gedanken aufkommen, die Schleifer durch ungeübtes Personal zu ersetzen, um dadurch die „hohen“ Schleiferlöhne, die er durch den Tarif zu zahlen verpflichtet ist, zu sparen.

Die neue „Hansa-Schleifmaschine“ entspricht ja nun nicht im allgemeinen den Erwartungen, die man in sie gesetzt hat. Doch haben die Kollegen alle Ursache, bei ihrer Einführung ihre Interessen zu wahren. So vor allem, daß zur Bedienung der Maschine nur gelehrte Steinschleifer herangezogen werden. „Und dafür Sorge zu tragen, daß durch die Einführung der Maschine ihre Arbeit wirklich erleichtert wird und nicht, daß Kollegen wegen angeblichen Arbeitsmangels entlassen werden und die noch in Arbeit stehenden umso mehr ausbeutet werden. Nachdem Kollege Ault die Funktion der neuen Maschine an Beispielen aus Berlin illustriert, schloß er seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag mit einem Appell an die Anwesenden, mit aller Kraft für die Stärkung der Organisation einzutreten.

Die hierauf folgende Diskussion war eine ziemlich lebhaft. Die verschiedensten Kollegen brachten ihre Meinungen und Erfahrungen über die Bedienung und Leistungsfähigkeit der besprochenen Maschine zum Ausdruck. Nachdem Kollege Ault das Schlüsselwort genommen und unter Verbandsangelegenheiten einige kleinere Angelegenheiten er-

lebigt worden waren, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Ar.

Korrespondenzen.

Dresden. Am 2. August hielt die hiesige Zahlstelle eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die sich in der Hauptfrage mit der Lohnfrage resp. Einführung eines Tarifes beschäftigt. Die hiesige Ortsverwaltung hatte bereits zu Anfang des Jahres ihre Forderungen den hiesigen Prinzipalen unterbreitet, leider sind aber die Unterhandlungen daran gescheitert, daß nach Ansicht der Prinzipale der Verband für Einhaltung eines Tarifes keine Gewähr leisten kann. Es wurde deshalb beschlossen, überall, wo die Geschäftskonjunktur jetzt einlezt, unsere Forderungen zu stellen, um dadurch eine Egalisierung der Löhne herbeizuführen, was dann die Einführung eines Tarifes bedeutend erleichtert. Zu diesem Zwecke hatte am 16. August eine Vespredung mit den hiesigen Maschinenmeistern unter Leitung des Vorsitzenden des Buchdrucker-Gehilfenvereins, Herrn Härtel, stattgefunden, bei der den Hilfsarbeitern bei etwa vorkommenden Differenzen Solidarität zugesichert wurde. Unter Verschiedenem wurde folgender Vorschlag zur Sprache gebracht: Einem Mitglied, Eduard Hartmann mit Namen, war angeblich Anrecht geschieden. Um seinem Herzen Luft zu machen, bezeichnet er die hiesige Ortsverwaltung mit allerhand beleidigenden Titeln. Da trotz wiederholter Aufforderung die Äußerungen, zu denen jegliche Ursache fehlte, nicht zurückgenommen wurden, so stand der Ausschluß des Hartmann auf der Tagesordnung. Es entspann sich eine lebhafteste Debatte, deren Endergebnis war, daß der Betreffende vernünftigerweise die Beleidigung mit Bedauern vor der Versammlung zurücknahm, womit sich schließlich die Ortsverwaltung zufriedengab, um alles zu vermeiden, was einen inneren Zwist herbeiführen könnte. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten sowie nach der Mitteilung, daß unser 12. Stiftungsfest im September stattfindet, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Danzig. Auch aus unserer Stadt kann nunmehr das Bestehen einer ziemlich kräftigen Zahlstelle berichtet werden. Nachdem am 28. Mai Kollege Thiede hier selbst in einer Versammlung über Zweck und Ziel der Organisation und die bisherigen Erfolge unseres Verbandes einen Vortrag gehalten hatte, bildete sich 14 Tage darauf eine Zahlstelle mit ca. 30 Mitgliedern. Gegenwärtig ist sie ca. 60 Mitglieder stark, wohl die Hälfte der in Betracht kommenden Berufsangehörigen. In einer der größten Druckereien wurde unsere Vertrauenskollegin wegen ihrer Tätigkeit für den Verband entlassen, was natürlich einen Rückschlag für uns in diesem Betrieb bedeutet. Somit haben wir die beste Hoffnung für ein weiteres Vorwärtsschreiten, nur ist ein etwas regerer Versammlungsbetrieb erwünscht, namentlich aus der Druckerei A. B. K. Ein Teil der männlichen Kollegen ist noch ziemlich indifferent. Das Verhältnis zur Gehilfenorganisation ist ein gutes, unseren Bestrebungen wurde Unterstützung zugeleitet und in vollem Maße gewährt. Die letzte Versammlung fand am 29. August statt, sie war von ca. 35 Mitgliedern besucht. In derselben wurde die Wahl einiger Vorstandsmitglieder vorgenommen. Die Vorsitzende, Kollegin Klein, sah sich wegen häuslicher Inanspruchnahme und unsere Schriftführerin, Kollegin Schupeter, wegen Fortgangs von hier veranlaßt, das Amt niederzulegen. Der Vorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen: Frau Johanna Wittbold, Vorsitzende, Kollege Eduard Barwin, Kassierer, Kollegin Marie Schwarzkopf, Schriftführerin, Kollegin Marie Radtke und Kollege Wieke, Beisitzer. Am 8. Juli fand ein Morgenausflug statt, der trotz des schlechten Wetters von ca. 50 Personen besucht war und einen zufriedenstellenden Verlauf nahm. Den uns noch fernstehenden Berufsangehörigen möchten wir auch an dieser Stelle zurufen: Schließt Euch unserer Organisation an und helft uns, unsere Lebenslage zu verbessern.

Rundschau.

Aus Oesterreich. Am 25. August d. Js. sind in Wien die Vertreter der österreichischen Hilfsarbeitervereine zusammengetreten, um das seit langer Zeit vorbereitete Werk der Zentralisation zu vollenden. Mit der Gründung des Reichsvereins hat die Kollegenchaft Oesterreichs dem zentralistisch zusammengeschlossenen Unternehmertum eine Organisationsform entgegengesetzt, mit deren Macht gerechnet werden muß und deren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der gesamten Druckindustrie nicht unterschätzt werden darf. Wenn auch bis jetzt die Erfolge auf tariflichem Gebiete keine geringen sind, so beschränkten sich diese doch nur auf Wien, dem Siege des Niederösterreichischen Hilfsarbeitervereins und

dessen Wirkungskreis. In allen übrigen Kronländern sind die Organisationen noch sehr jung und hätten im Vergleiche zu Wien noch viele Jahre schwerer Entwicklungsarbeit zu bewältigen, ehe sie aktionsfähig würden. Durch die Zentralisation wird dieser schwierige Weg natürlich abgekürzt, da der Gesamtheit die Erfahrungen der ältesten Vereine zu Gebote stehen und das Unterstützungswesen in kurzer Zeit auf jene Höhe gebracht werden kann, um sowohl agitatorisch besser wirken zu können, sowie materielle Kalamitäten bei Lohnbewegungen usw. zu vermeiden. Neben diesen Gründen, die in der Hauptfrage zur Zentralisation führen, ist nunmehr auch die Möglichkeit gegeben, mit den Gehilfenorganisationen in anderer, besserer Form wie bisher zusammenzuarbeiten, weil eine Verständigung der Zentralleitungen unter sich viel leichter herzustellen ist, wie mit zerstückelten Lokalvereinen. Der Gedanke eines Gegenseitigkeitsvertrages, der auf unserem letzten Verbandstage in Halle a. S. aufstand, dem jedoch bis jetzt nicht näher getreten werden konnte, dürfte nunmehr greifbarere Gestalt annehmen, und es ist zu erwarten, daß der Münchener Verbandstag die Erledigung dieser sehr wichtigen Frage in Angriff nimmt. — Wir können die österreichischen Kollegen und Kolleginnen zu diesem bedeutungsvollen Schritt nach vorwärts begrüßen, wissen wir doch, daß die österreichische Arbeiterchaft in zäher Ausdauer bisher Großes geleistet hat, und diese Ausdauer und der oft bewiesene Opfermut wird auch dem Reichsverein seine schweren Aufgaben leichter erfüllen lassen und seine Mitglieder zum Siege führen.

Der 4. Kongreß der Schriftgießer Deutschlands tagte am 21. Juli in Leipzig. Den Kongreßverhandlungen lag eine bemerkenswerte Programmatik zugrunde, die 23 Städte mit 82 Firmen der Schriftgießerei umfaßt. Beschäftigt wurden 71 Faktoren, 177 Höheböbler und Fertigmacher, 528 Komplettgießer, 233 Handmaschinengießer, 69 Justierer, 72 Richter, 198 Lehrlinge, 117 ungelernete Arbeiter und 579 Arbeiterinnen; zusammen 2044 Personen. Im Berechnen arbeiten 783 Gehilfen, 308 im gewissen Gelde, dessen Minimum 27,50 Mk. beträgt. Die Arbeitszeit beträgt 8½ bis 9 Stunden, ausschließlich der Pausen. In den Betrieben wird gearbeitet mit 622 Komplet-, 18 Komplettschnellig-, 1 amerikanischen Schnell- und 311 Handmaschinen; ferner mit 231 Vektorzeugen und 70 Höfkräzmaschinen. Diese Statistik zeigt, so führte Reine aus, daß die Zahl der in Gießereien beschäftigten Personen ständig zurückgeht! Die Ursache sei die fortschreitende Einführung der Zeilengießmaschine und der Monotype. Um diesen Umwälzungsprozess zu verfolgen, sei schon nach zwei Jahren wieder (sonst 6 Jahre) eine Statistik aufgenommen worden. Die Anträge von Offenbach und Hamburg auf achtstündige Arbeitszeit mit Rücksicht auf die steigende Arbeitslosigkeit fanden zwar prinzipielle Zustimmung, aber die Durchführung, die durch allgemeinen Tarif nicht möglich ist, soll von den örtlichen Organisationen bei Tarifrevisionen versucht werden. Aus den Berichten über die Tarifvertragsentwicklung ist zu erwähnen, daß in Stuttgart seit 1903 auch die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Kontrahenten des Schriftgiebertarifs sind. Der Kongreß beschloß, die Frage des auf dem Dresdener Schriftgießerkongresse (1901) für unmöglich erklärten Reichseinheitstarifes im Auge zu behalten. Unter teilweisem lebhaftem Widerspruch beschloß der Kongreß ferner, die Arbeitsruhe am 1. Mai den Ortsverwaltungen beim Abschluß neuer Tarife nahezu legen. Ferner soll bei den bevorstehenden Tarifrevisionen der Mindestlohn von 27,50 auf 30 Mk. und der Ueberlohnzuschlag von 10 auf 20 Pf. erhöht werden. Die Leipziger Lehrlingsstaffel soll allgemein eingeführt und eine Verusinstanz für die Tarifschiedsgerichte geschaffen werden. Alle in Schriftgießereien beschäftigten Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, die dem Buchdruckerhelferverband angehören, sollen zum nächsten Kongreß wahlberechtigt sein.

Briefkasten.

Ar. Leipzig. Artikel dankend für nächste Nummer angenommen. Wegen Raummangel sind die Berichte der Zahlstellen Bremen, Straßburg und Dresden, sowie der Brief aus Mühlhausen zur nächsten Nummer zurückgestellt.

Todesanzeige.

Am 26. August verstarb plötzlich unser Mitglied

Carl Fichtner

im Alter von 43 Jahren.
Ein bleibendes Andenken bewahrt ihm
die Zahlstelle **Dresden**.

Beilage zur „Solidarität“

Nr. 18.

Berlin, den 7. September 1907.

13. Jahrgang.

Die deutlichen Gewerkschaften im Jahre 1906.

(Schluß)

Die Massenverhältnisse in den Zentralverbänden haben sich im Jahre 1906 noch viel günstiger gestaltet, als in den Vorjahren. Im Jahre 1906 betrug die Gesamteinnahme 41 602 939 Mk. gegen 27 812 257 Mk. im Jahre 1905 und 20 190 680 Mk. im Jahre 1904. Die Erhöhung der Einnahmen ist aber nicht nur infolge der Vermehrung der Mitgliederzahl eingetreten, sondern die Leistungen pro Kopf der Mitglieder sind ganz enorm in den letzten Jahren gewachsen. Auf die gesamten Mitglieder der Verbände berechnet, betrug die Einnahme pro Kopf im Jahre 1891: 6,68 Mk., 1895: 11,53 Mk., 1900: 13,89 Mk., 1904: 19,19 Mk., 1905: 20,68 Mk. und 1906: 24,62 Mk. In den einzelnen Organisationen ist die Einnahme pro Kopf der Mitglieder wesentlich verschieden. Sie beträgt von 5,44 Mk. bei den Wäschearbeitern bis zu 84,11 Mk. bei den Lithographen. Im Jahre 1906 erhoben an Wochenbeitrag von den Verbänden 15 bis 20 Pf. 1 = 1,5 Proz. der gesamten Organisationen, 21 bis 30 Pf. 10 = 15,2 Proz., 31 bis 40 Pf. 20 = 30,3 Proz., 41 bis 50 Pf. 25 = 37,9 Proz. und über 50 Pf. 10 = 15,2 Proz. der Verbände.

Die Unterstützungsanstalten, die in den Verbänden von Jahr zu Jahr verbessert werden, erfordern immer höhere Leistungen von den Mitgliedern, ganz besonders aber ist es die Aussperrungsstaffel der Unternehmer, welche die Gewerkschaften zwingt, immer größere Anforderungen an die Mitglieder zu stellen. Die Gewerkschaften, die in den letzten Jahren von Aussperrungen betroffen wurden, hatten dafür ausgegeben:

Jahr	Markt	Pro Kopf der Mitglieder Mk.	Pro Kopf der Aussperrten Mk.
1903	1 959 796	3,14	42,82
1904	1 870 647	2,49	59,57
1905	4 193 250	3,91	29,11
1906	5 315 682	3,77	58,46

Die Gesamtausgaben der Verbände im Jahre 1906 betragen 36 963 413 Mk. Im Jahre 1905 betrug die Ausgabe 25 024 234 Mk., 1904 17 738 756 Mk. und im Jahre 1891 1 606 534 Mk. Pro Kopf der Mitglieder aller Verbände berechnet betragen die Jahresausgaben 1891: 9,62 Mk., 1895: 9,86 Mk., 1900: 11,89 Mk., 1904: 16,86 Mk., 1905: 18,61 Mk. und 1906: 21,88 Mk.

Es wurden von den Gewerkschaften im letzten Jahre verausgabt für Streiks und Aussperrungen 13 748 312 Mk., für Rechtsschutz, Gemahregelten, Reise-, Arbeitslosen-, Kranken- und Invalidenunterstützung, sowie Beihilfe in Not- und Sterbefällen zusammen 9 863 270 Mk., für Verbandsorgan 1 594 009 Mk., für Agitation 1 820 753 Mk., Verwaltungskosten 1 312 023 Mk. und für verschiedene sonstige Zwecke, darunter für Bibliotheken, Stellenvermittlung, Umzugskosten, Konferenzen und Generalversammlungen, Beitrag an Kartelle und Sekretariate, zusammen 4 783 708 Mk.

Die Ausgaben für Streiks und Aussperrungen stehen natürlich an erster Stelle. Sie sind gegen die Vorjahre ganz gewaltig gestiegen, und auch die Ausgaben für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung sind bedeutend angewachsen. Es verausgabten die Gewerkschaften für:

	1891 Mk.	1895 Mk.	1900 Mk.	1905 Mk.	1906 Mk.
Streiks und Aussperrungen	1087789	2535589	2625612	9674094	13748412
Arbeitslosenunterstützung	64290	196912	501078	1991924	2653296
Krankenunterstütz.	—	454114	656026	1920689	3281741

In den 16 Jahren von 1891 bis 1906 wurden verausgabt für Rechtsschutz 1 471 246 Mk., Gemahregeltenunterstützung 3 113 120 Mk., Reiseunterstützung 7 214 111 Mk., Arbeitslosenunterstützung 13 009 557 Mk., Krankenunterstützung 12 999 107 Mk., Invalidenunterstützung 1 746 196 Mk., Beihilfe in Not- und Sterbefällen 4 035 079 Mk., zusammen 43 588 416 Mk.; für das Verbandsorgan 10 482 357 Mk., zusammen für Unterstützungen und das Verbandsorgan 54 070 773 Mk.; für Streiks und Aussperrungen 46 868 655 Mk. Trotz der in den letzten Jahren erfolgten gewaltigen Steigerung bleibt die Ausgabe für die wirtschaftlichen Kämpfe in dem genannten Zeitraum doch noch um 7 202 118 Mk. hinter der für Unterstützungen und Bildungsmittel zurück, ein Beweis für das wohlthätige Wirken der Gewerkschaften und ihre Bedeutung als Bildungsanstalten.

Der Vermögensbestand betrug am Schlusse des Jahres 1906 insgesamt in den Verbänden 25 312 634 Mk. Derselbe hat sich im Laufe des Jahres trotz der gewaltigen Steigerung der Ausgaben im allgemeinen und besonders der Ausgaben für Streiks und Aussperrungen doch um 5 676 784 Mk. erhöht. Pro Kopf der Mitglieder beträgt das Vermögen 14,98 Mk. gegen 14,60 Mk. im Jahre 1905. Ueber eine Million Klassenbestand haben folgende Verbände: Buchdrucker 5 632 986 Mk., Metallarbeiter 3 564 172 Mk., Maurer 3 441 416 Mk., Holzarbeiter 2 334 798 Mk., Zimmerer 1 322 303 Mk., Bergarbeiter 1 252 645 Mk.

In welchem Verhältnis die Einnahmen, Ausgaben und das Vermögen der drei großen Gewerkschaftsgruppen zu einander stehen, zeigt folgende Zusammenstellung:

	Jahres- einnahme Mk.	Jahres- ausgabe Mk.	Vermögens- bestand Mk.
Zentralverbände	41 602 939	36 963 413	25 312 634
D. Gewerksvereine	1 404 074	1 344 277	3 626 082
Christl. Gewerkschaften	3 644 865	2 977 733	2 605 944

Zusammen 46 651 878 | 41 285 423 | 31 544 660

Ueber die Unterstützungsanstaltungen in den Zentralverbänden enthält die Statistik folgende Angaben: Es gewähren ihren Mitgliedern Reiseunterstützung 49 Verbände, Krankenunterstützung 43 Verbände, Invalidenunterstützung 7 Verbände und Unterstützung in Not- und Sterbefällen 47 Verbände. 64 Zentralverbände besitzen ein eigenes Verbandsorgan. Die Gesamtauflage dieser 64 Gewerkschaftsblätter betrug 1906 1 920 250 Exemplare gegen 1 550 450 Exemplare im Jahre 1905. Dreißig dieser Blätter erscheinen wöchentlich einmal, ein bis wöchentlich dreimal, 19 erscheinen alle 14 Tage, 5 monatlich dreimal, 4 monatlich zweimal und 5 monatlich einmal.

Wie sehr die gegnerischen Gewerkschaften (Christliche und Hirsch-Dundersche) mit ihren Leistungen hinter den „sozialdemokratischen“ Zentralverbänden zurückstehen, ergibt sich daraus, daß die Zentralverbände 1906 für Rechtsschutz und Unterstützungen pro Kopf der Mitglieder 2,88 Mk. verausgabten, während die Hirsch-Dunderschen für diese Zwecke nur 1,88 Mk. und die Christlichen gar nur 0,44 Mk. aufgewendet haben. Für Streiks, Aussperrungen und Gemahregelte verausgabten die Zentralverbände 8,61 Mk., die Hirsch-Dunderschen 3,73 Mk. und die Christlichen 3,45 Mk. pro Kopf der Mitglieder.

Sowohl die Christlichen wie die Hirsch-Dunderschen reichen also nicht annähernd mit ihren Leistungen an die Zentralverbände heran, und was noch besonders bemerkenswert ist, die christlichen Gewerkschaften stehen hinsichtlich der allgemeinen Unterstützungen und auch in bezug auf Ausgaben für Streiks noch hinter den Hirsch-Dunderschen zu-

rück. Was die christlichen Gewerkschaften an Unterstützungen gewähren, ist geradezu jammervoll. 44 Pfennige jährlich pro Kopf der Mitglieder insgesamt für Rechtsschutz und Unterstützungen, und davon nur 25 Pf. für Reise- und Arbeitslosenunterstützung zusammen, während die Zentralverbände allein für Arbeitslosenunterstützung 2,33 Mk. verausgabten haben. Die Christlichen verwerfen den wirtschaftlichen Kampf zwar nicht grundsätzlich, aber sie gehen ihm, wenn irgend möglich, aus dem Wege, und so hatten sie in dem an Streiks und Aussperrungen reichen Jahre 1906 nur die geringe Summe von 3,45 Mk. pro Kopf ihrer Mitglieder an Streikunterstützung aufzuwenden, gegenüber 8,61 Mk. welche die Zentralverbände für diese Zwecke pro Kopf der Mitglieder zu zahlen hatten. Unter solchen Umständen ist es denn auch durchaus erklärlich, daß die Christlichen nicht dieselben Erfolge aufzuweisen haben, wie die Zentralverbände. Ihr Mitgliederzuwachs rekrutiert sich auch nicht aus der intelligenteren städtischen Arbeitererschaft, sondern aus einer rückständigen, noch vollständig unter dem Einfluß der Kirche stehenden Arbeitererschaft der kleineren rheinisch-westfälischen Industrieorte. Und nur dort ist die Agitation der Christlichen von einigem Erfolg, das haben sie auch selbst erkannt, und deshalb ihren ganzen Beamten- und Agitationsstab, der im Verhältnis zur Mitgliederzahl größer ist, als her der Zentralverbände, fast ausschließlich auf jenes Gebiet konzentriert. Im letzten Jahre haben sie eine ganz besondere Agitationsstätigkeit entfaltet, in einer ganzen Reihe von Orten Gewerkschaftskartelle gegründet, Sekretariate und Auskunfts-Bureaus errichtet, Beamte angestellt und die Werbetrommel in ganz hervorragender Weise gerührt. Daß dennoch ihr Erfolg geringer war als im Jahre zuvor, läßt darauf schließen, daß die Werbetafel der christlichen Gewerkschaften bereits nachzulassen beginnt, wie die der Hirsch-Dunderschen schon nahezu gänzlich erschöpft ist. Die Arbeitererschaft kommt immer mehr zu der Einsicht, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände allein ernsthafte Gewerkschaftspolitik treiben und unbeeinflusst von bürgerlichen Parteien, frei von jeder Rücksichtnahme auf das Unternehmertum ihr Ziel verfolgen, wenn erforderlich, Hand in Hand mit der sozialdemokratischen Partei die Interessen der arbeitenden Klasse wahrzunehmen suchen. Zu dieser Einsicht sollten auch die Anhänger der Berliner Sonderorganisationen sich bald bekehren und auf dem kürzesten Wege die Einheit einer freien deutschen Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen bestrebt sein. Die Statistik beweist jedes Jahr mit größerer Deutlichkeit, daß die Zukunft der gewerkschaftlichen Bewegung den Zentralverbänden gehört, vor deren Siegesmarck alle anderen Organisationsarten, -Formen und -Gruppen zurückweichen müssen.

Korrespondenzen.

Berlin. Bahnhalle II. Eine ordentliche Mitglieder-Versammlung fand am 28. August statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Mitteilungen, Massenbericht u. Abrechnung der Sommerfestbillets; 2. Abänderung des Ortsstatuts § 9; 3. Wahl der Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission; 4. Verschiedenes. Die Versammlung ehrte zunächst das Andenken an den verstorbenen Kollegen Schlering durch Erheben von den Plätzen. Leider konnte der Vorsitzende hierbei mitteilen, daß die Frau des Kollegen sich die roten Schleifen an den Kränzen verbeten hatte und diese auch beim Verlassen des Friedhofes achlos liegen ließ. Sodann wurde das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen und angenommen. Verschiedene Dundererei-Versammlungen haben stattgefunden, so im Vorwärts, Sozial-Anzeiger (Stereo- und Woche), Wehm und Hermann. Während es sich in den meisten Versammlungen um Wahl von Vertrauensleuten oder Regelung von Streitigkeiten handelte, drehte es sich bei Hermanns um den Einzug des Anlege-Apparates. Mit den Kolzergelgen von Alfstein u. Co. mußte wegen Stellung einer Forderung zweimal

Rückfrage genommen werden, ebenso waren Streitigkeiten unter den Abziehern des Berliner Lokal-Anzeigers zu schlichten. Einem Beschluß des Vorstandes, den Revisoren die Entschädigung von drei auf vier Mark zu erhöhen, stimmt die Versammlung zu. Dem Kollegen Vormann mußte die Unterfertigung entzogen werden, da der Betreffende verchiedentlich Nacharbeit ausgesprochen hatte, sonst aber Extranächte mitnehmen wollte. Außerdem empfiehlt der Vorstand den Ausschluß des Kollegen S. Großmann, da derselbe des Sonnabends öfters einigen Ausschüßsalzern ihre Karten für 50 Pfennig abkaufte. Eine ausgedehnte Diskussion, an der sich die Kollegen Land, Kuhfeld, Bucher und Moritz beteiligten, endete damit, daß dem Ausschluß nicht zugestimmt, aber gleichzeitig betont wurde, daß derselbe perfekt ist, sobald wieder Beschwerden gegen G. vorliegen. Kollege Fabrowsky, der als Obmann seitens der Revisionskommission gewählt ist, erklärte unter dem Punkt Mitteilungen, daß er eine Einladung zur Vorstandssitzung von Vorsitzenden erhalten hat, angeblich um die Gehaltsanträge und Bücher in Empfang zu nehmen. Während seiner Anwesenheit in der Sitzung selbst ist es ihm aber klar geworden, daß nicht die Uebergabe der Schlüssel, die an einem anderen Orte ebenfalls hätte stattfinden können, gehandelt hat, sondern um eine Regelung der noch schwebenden Angelegenheit Gleich-Maße kontra Fabrowsky drehte, in deren Verlauf sich Kollege Gleich zu Äußerungen hinreihen ließ, wegen der F. den Schutz der Versammlung anzurufen genötigt sei.

Der Vorsitzende schilberte in längeren Ausführungen den Verlauf der Sitzung und erklärte, alles getan zu haben, die leidige Angelegenheit Fabrowsky-Gleich, die selbst nach Ausführung S. so lange zurückliegt und nur zwischen diesen beiden Personen selbst zu regeln sei, aus der Welt zu schaffen. Leider scheiterten alle Versuche des Vorsitzenden an den Kollegen F., der sich weigerte, in der Sitzung selbst auf diesen Gegenstand einzugehen, mit der Begründung, daß ihm das Material mangle und er nicht Gelegenheit habe, alles zu beschaffen; ein Vorschlag des Vorsitzenden, ihm sämtliche Bücher aus früheren Jahren zur Materialsammlung einsehen zu lassen, wurde von F. abgelehnt. Nachdem noch die Kollegen Land, Freese, Bucher und Moritz wiederholt zu der Angelegenheit gesprochen, wurde der Kasienbericht zur Diskussion gestellt. Eine Anfrage des Kollegen Bucher an den Obmann der Revisionskommission Kollegen Fabrowsky gab Gelegenheit, eine längere Debatte über den Kasienbericht herauszubekommen, in deren Verlauf Kollege F. den gedruckten Kasienbericht im Mitteilungsblatt anzeigte. Hierauf verlas der Kassierer den Bericht vom Monat Juli, worauf Kollege F. erklärte, die numerische Festsetzung des Berichtes nicht angezweifelt zu haben. Ein Antrag des Kollegen Land, in der nächsten Versammlung wegen der ewigen Stänkereien des F. einen neuen Revisor zu wählen, wurde trotz des Einwurfs des Vorsitzenden, daß bei Annahme dieses Antrages der Kollege F. seines Postens entoben ist, angenommen. Da in letzter Zeit die Versammlungen immer schwächer besucht werden, hatte der Vorstand versprochen, auf Mittel und Wege zu finden, die eine Besserung herbeiführen. Dies soll nun ein Zusatz im § 9 des Statuts bezwecken, wonach aus den Druckereien Delegierte zu wählen sind, und zwar auf je 10 Mitglieder zwei, kleinere Druckereien werden zusammengelegt. Die Delegierten erhalten Legitimationskarten, die am Eingang zur Versammlung abzugeben sind. Hieraus ist sofort zu ersehen, welche Druckerei in der Versammlung fehlt, die fehlenden werden im Mitteilungsblatt veröffentlicht. Dadurch soll allerdings den Mitgliedern ihr Recht, Versammlungen zu besuchen, nicht geschmälert werden. Nach eingehender Begründung durch Kollegen Moritz entwickelte sich eine sehr rege Debatte, an der sich die Kollegen Land, Bucher, Schwinn, Feinke, Kuhfeld, Kobenbergh, Freese und Renner beteiligten, die damit endet, daß der Zusatz gegen eine Stimme angenommen wird. Nachdem als Delegierter zur Berliner Gewerkschaftskommission Kollege Baumgarten gewählt war, schlägt Kollege Moritz der vorgeleiteten Zeit wegen vor, Schluß einzutreten zu lassen, und schließt hierauf die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband und die Bahnhalle II um 11 Uhr 10 Minuten.

Hannover. Versammlung am 22. 8. 1907. Nach Eröffnung der Versammlung wurde das Protokoll verlesen und angenommen. Hierauf gab Kollege Spatzfuß bekannt, daß er die Korrektur unseres Tarifes von Herrn Dr. Zähndke erhalten hätte. Es wäre ein Fehler darin gewesen und zwar, daß unser künftiger Arbeitsnachweis durch die Buchdrucker vermittelt würde. Nach einer Rückfrage mit Herrn Dr. Zähndke bleibt die Art der

Bermittlung offen, damit nach einer Einigung hierüber die Rubrik nach Belieben ausgefüllt werden kann. Kollege Spatzfuß beschränkt sich nochmals die Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises, denn erstens ist die Agitation für unseren Verband wirksamer und zweitens bleiben die Löhne bedeutend eher auf der Höhe. Dann führt Kollege Spatzfuß aus, daß wegen der Einführung unseres Tarifes noch nichts getan werden könne, da die Prinzipale noch nichts in Händen haben. Der Kollege Sittig ist bei der Firma Kuhlmann gefündigt worden und wird diese Kündigung von uns als Maßregelung betrachtet, da der Kollege die Angelerinnen bei derselben Firma organisiert hat, welche dort für Löhne von 4, 6, 7 und 7,50 Mk. noch beschäftigt waren. Auch hat Herr Kuhlmann sich dahin geäußert, daß ein Tarif für ihn nicht maßgebend wäre, und er auch keine Aufseher gebrauchen könne. Jedoch hat der Herr Chef nichts dagegen, wenn Kollege Sittig unzählige Ueberstunden machen muß und Sonntag vormittags zu ihm zum Stiefelputzen kommt, ohne ihm eine Extravergeltung dafür zu gewähren. Es wurde beschlossen, hierzu Stellung zu nehmen und die Kollegen Spatzfuß und Plumbhoff gewählt, um bei Herrn Kuhlmann wegen der Kündigung des Kollegen Sittig vorstellig zu werden. Ueber die Einführung des Tarifes kam es wegen der Fögerung der Prinzipale zur lebhaften Debatte. Es wurde beschlossen, an Herrn Dr. Zähndke zu schreiben, derselbe möchte uns Bescheid geben, wann die Tarife an die Prinzipale gelangt wären. Eine Kommission wurde gewählt, welche die Aufgabe hat, die Einführung unseres Tarifes bei den säumigen Prinzipalen durchzubrüden und wurden hierzu die Kollegen Spatzfuß und Plumbhoff und die Kollegin Mathias gewählt, zum event. Ersatz wurde die Kollegin Schmidt bestimmt. Hierauf gab der Kassierer Kollege Plumbhoff die Abrechnung vom 2. Quartal, wonach ein Kasienbestand von 216,77 Mk. zu verzeichnen ist. Kollege Wiegand bestätigte die Richtigkeit der Abrechnung und wird auf Antrag derselben dem Kassierer Decharge erteilt. Hierauf folgt die Abrechnung von unserem Sommerfest, welches einen Ueberschuß von 55,63 Mark für uns ergeben hat. Die Richtigkeit dieser Abrechnung wird durch den Vorstand bestätigt. Ferner wurde beschlossen, am Sonntag, den 1. September, eine Nachmittagstour nach dem Vetenier Garten zu veranstalten. Näheres erfahren die Mitglieder durch die Unterassistenten. Eine Kollegin war von Braunschweig hier angekommen und bemühte sich beim Vorstand um Logis, welches dieselbe auch gleich bekam, nachdem Kollege Spatzfuß dieses der Versammlung bekannt gegeben hatte. Nachdem ein dreifaches Hoch auf den Verband ausgebracht war, schloß Kollege Spatzfuß die starkbesuchte Versammlung um 1/211 Uhr.

Stettin, 18. August 1907. Um 10 1/4 Uhr eröffnete der Vorsitzende die nur schwach besuchte Versammlung. Bevor zur Tagesordnung übergegangen wurde, ließ der Vorsitzende das Protokoll von der letzten Versammlung verlesen und wurde dasselbe für richtig befunden. Vom Vorsitzenden wurde bekannt gegeben, daß eine Lohnstatistik aufgenommen werde. Er hatte Scheine an 18 Druckereien ausgegeben und zurückgehalten, auch konnte er danach feststellen, daß die Löhne noch dieselben waren, wie vor einem Jahre, nur im Volksboten waren nach unserm neu aufgestellten aber noch nicht zur Durchführung gebrachten Tarif Lohnerhöhungen festzustellen. Der Vorsitzende drückte den anwesenden Kollegen und Kolleginnen sein Bedauern aus, daß die Stettiner Kolleginnen noch nicht ihre schlechte Lage, in der sie sich befinden, einsehen. Zur Aufnahme hatten sich vier Kolleginnen gemeldet. Der Vorsitzende richtete an die neu eingetretenen Kolleginnen einige Worte, um für unsere Sache nach jeder Richtung hin einzutreten, denn nur wenn die Kollegenschaft vereint zusammenhält, ist es möglich, unsere Lohnverhältnisse zu bessern. Der vom Kassierer Grohnte erstattete Kasienbericht vom 2. Quartal und Abrechnung vom Sommervergnügen wurde von seiten der Revisoren als richtig festgestellt und wurde hierauf dem Kassierer Decharge erteilt. Im Verhiebenden machte der Vorsitzende bekannt, daß am 25. August ein Rezeptionsabend der Schauspielerin Frau Balkotte stattfindet, und sind unsere Kollegen und Kolleginnen von seiten des Ortsvereins Stettiner Buchdrucker eingeladen und bittet er, sich zahlreich daran zu beteiligen. Gleichzeitig gab der Kollege Gummert bekannt, daß am 26. August eine Versammlung mit einem Vortrag über Arbeiterbildung stattfindet, und bittet derselbe für rege Beteiligung. In dieser Angelegenheit sprach Kollege Sichert noch einige Worte über Arbeiterbildungsschule, Bildungsausschuß und Zentralisation. Auch gab der Vorsitzende bekannt, daß das Stettiner Gewerkschaftskartell für die ausgesperrten Tabakarbeiter 300 Mk. bewilligt hätte, auch sollten außerdem Sammellisten ausgegeben werden, welche unter den Kollegen und Kolleginnen zirkulieren werden. Kollege Schürmer regte unser im November stattfindendes Stiftungsfest an, und wurde diese Angelegenheit einer Kommission übertragen, welche in der nächsten Versammlung darüber berichten soll. Hierauf wurden noch einige Sachen debattelos erledigt. Mit einem Hoch auf den Verband und die Bahnhalle Stettin schloß der Vorsitzende die Versammlung um 1 1/2 Uhr.

Königsberg i. Pr. Seit der im März d. Js. erfolgten Gründung der hiesigen Bahnhalle, wovon bereits in der „Solidarität“ berichtet wurde, herrscht hier unter den Mitgliedern eine begeisterte Stimmung für den Verband und ein reges Streben, unsere Bahnhalle immer weiter auszubauen und auch innerlich zu befestigen. Am 29. Mai beehrte unsere Vorsitzende, Frau Thiede, uns mit ihrem Besuch, welche es in vortrefflicher Weise verstand, den Anwesenden den Zweck und die Ziele des Verbandes vor Augen zu führen; gleichfalls konnte Frau Thiede auch auf die von anderen Orten schon erreichten Erfolge hinweisen, und ein Vergleich des dort Erreichten mit den hier bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen beweist am besten, was hier noch geleistet werden muß, wenn wir auch nur annähernd dasselbe erreichen wollen. Es kann aber und wird auch erreicht werden, wenn alle Mitglieder wie bisher ihre Schuldigkeit tun. In der letzten Versammlung konnte konstatiert werden, daß unsere Mitgliederzahl auf über 180 angewachsen ist, daß sind über 60 Prozent aller überhaupt für uns in Betracht kommenden Kollegen und Kolleginnen; in dieser Versammlung waren über 100 Mitglieder, darunter ca. 70 weibliche, anwesend, wobei bemerkt werden muß, daß noch einige durch Nacharbeit verhindert waren, zu erscheinen; jedenfalls ist das ein Beweis, daß es hier vorwärts geht. Es ist beschlossen worden, diesen Herbst mit Forderungen an die Prinzipale heranzutreten und wurde eine Kommission gewählt, um das Nötige zu veranlassen. Wie notwendig dieses ist, beweist die durch die Statistik festgestellte Löhne; es werden z. B. für weibliche Hilfsarbeiter Löhne von 4 bis 13 Mk. gezahlt im Durchschnitt nur 7,07 Mk., für männliche Hilfsarbeiter 10,50 bis 19 Mk., Durchschnitt 17 Mk., ganz abgesehen von Ueberstunden und Nacharbeit, für welche gleichfalls nur eine ganz geringfügige Entschädigung bezahlt wird. An Stelle unseres bisherigen Kassierers, der zum Militär eingezogen wird, wurde Kollege Babud, Sachheimer Hinterstr. 81a, gewählt.

Literatur.

Juanz Auer's Lebensbild bildet den Inhalt einer Broschüre, die soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienen ist und Ed. Bernstein zum Verfasser hat. Der Preis für die mit einem vorzüglich ausgeführten Portrait Auer's und mit mehreren Abbildungen illustrierten Broschüre beträgt 50 Pf., eine Ausgabe auf gutem Papier kostet eine Mark.

Kindemann, „Die städtische Regie“. (Heft 6 der Sozialdemokratischen Gemeindepolitik) Preis 75 Pf. Agitationsausgabe 40 Pf. Der Verfasser will die großen wirtschaftlichen Betriebe, wie Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw., die heute meist noch Ausbeutungsobjekte privater Gesellschaften sind, zu Eigentum der Gemeinden machen, um diese Unternehmungen im Interesse der Allgemeinheit auszubauen und nutzbar zu machen.

Zettin, Zur Frage des Frauenwahlrechts. Preis Mk. 1.—, Agitationsausgabe 40 Pf. In klarer und überzeugender Weise legt Genossin Zettin alle die Gründe dar, die für die Notwendigkeit der Einführung des Frauenwahlrechts sprechen, während uns ein Anhang einen Ueberblick über die Entwicklung des Frauenstimmrechts in den verschiedenen Ländern gibt.

Blut und Eisen. Das unter diesem Titel im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erscheinende Lieferschriftwerk behandelt in populärwissenschaftlicher Weise Krieg und Kriegerum in alter und neuer Zeit. Aus ältester Zeit, aus den Kämpfen der alten Ägypter, der Römer, der alten Deutschen, aus den Kämpfen im Mittelalter und denen der Neuzeit führt der Verfasser die packendsten Epischen vor und zeigt an der Hand der Geschichte die Unsinntigkeit des heutigen Militarismus. „Blut und Eisen“ erscheint in 50 Lieferungen zu 20 Pf. Illustrationen aus den geschicktesten Zeitschriftlichen beleben und erläutern den textlichen Inhalt. Abonnenten können noch jetzt eintreten. Alle Parteibuchhandlungen liefern das Werk.